

Rudolf Schnur

Nr. 634

Landshut, 26.10.2010

27.10.10 g

An den Stadtrat der Stadt Landshut
Rathaus
84028 Landshut

Dringlichkeitsantrag zum Bausenat am 29.10.2010 und alle weiteren zuständigen Gremien

Der Stadtrat möge beschliessen:

Die Beschlüsse des Werkssenates vom 20.01.2010 (Antrag Nr. 399 vom 07.10.2009) und des Bausenates vom 16.04.2010 (ebenfalls Antrag Nr. 399) sind umgehend umzusetzen bzw. umsetzen zu lassen. Zuständige Gremien (Aufsichtsrat der LEG und die Stadtwerke / der Werkssenat) sind zu ersuchen schnellstmöglich zu handeln.

Von den in der Machbarkeitsstudie Photovoltaik Landshut aufgezeigten Flächen sind in der Praxis nur wenige sinnvoll umsetzbar. Bei der durch den Unterzeichner veranlassten Prüfung der Standorte durch potentielle Investoren ergaben sich mehrfach Ausschlussgründe (Verschattung, Gebäudestatik usw.).

Letztlich sind derzeit drei Möglichkeiten hinsichtlich Kosten-Nutzen am sinnvollsten:

1. Parkplatz Speedwaystadion (keine Verschattung, keine Wohnbebauung, günstiger Untergrund)
2. Messepark (Energie-Hallen, günstiger Untergrund, eingezäunt, Mehrfachnutzen durch Dachfunktion, evtl. Konversionszuschlag zur Einspeisevergütung, keine Verschattung, Gewerbegebiet, nahe Einspeisepunkte)
3. Treppenanlage entlang des Sportbeckens im Stadtbad (Doppelnutzen durch Dachfunktion und teilweise Verschattung der Liegefläche als UV-Schutz, stabiler Untergrund)

Eine baurechtliche Zulassung der Überdachungselemente (z.B. von Schletterer, Haag/Obb.) liegt vor.

Begründung:

Da mittlerweile die Einspeisevergütung mehrfach gesenkt wurde und zum 1.1.2011 erneut gesenkt wird, sollten die drei Maßnahmen noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Für Alle drei Maßnahmen gibt es Investoren und könnten weitere kurzfristig gefunden werden.

Ein Beispiel zur Dringlichkeit:

Werden die Energie-Hallen (siehe Anlage) auf dem Messengelände noch in diesem Jahr durch einen Investor errichtet, kann die Nutzung der Hallen ohne Zuzahlung erfolgen. Bei einer Inbetriebnahme nach dem 1.1.2011 müssten je Halle über 7.000 Euro zugezahlt werden.

Im übrigen sollte der Stadtrat die einschlägigen Beschlüsse (Energieautarkie bis 2037 und das Energiekonzept) zügig umzusetzen und den Bedarf an Atomstrom rasch zurückzufahren.





